

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Monatspreis beträgt monatlich 15 Mark, vierteljährlich 45 Mark; durch die Post bezogen monatlich 25 Mark, vierteljährlich 75 Mark. — Fests- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schub; Dr. iur. H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, häufig Bochum, Wimelhauer Str. 38-42. Telefon-Nr. 88-89 u. 98. Telegr. Abf.: Altenhundt Bochum.

Schiedsspruch abgelehnt!

Nachdem mit den Vorständen der anderen arbeitsgemeinschaftlichen Bergarbeiterverbände eine Aussprache über die Stellungnahme zum Schiedsspruch über die Lohnzulage für den Bergbau stattgefunden hatte, tagte am Sonntag, den 5. Novbr., in Bochum die Reichslohnkonferenz unseres Verbandes und der an den Lohnverhandlungen interessierten freien Gewerkschaften (Metallarbeiter, Maschinisten usw.). Sie nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Die Konferenz lehnt die Schiedssprüche für den Kohlenbergbau und die auf dieser Grundlage getätigten vorläufigen Abschlüsse in der Lohnfrage ab. Die für die einzelnen Reviere festgesetzte Lohnhöhung ab 1. November entspricht nicht der tatsächlichen Steigerung der Lebendunterhaltungskosten im Oktober, deren Ausgleichung aber dringend geboten ist, wenn keine weitere Vereinigung der Arbeiterschaft einzutreten soll.“

Außerdem ist die Konferenz der Auffassung, daß bei der anhaltenden Preisentwertung die Preise unangesehen weiter steigen werden und daher für November eine weitere Lohnhöhung neben dem vollen Ausgleich für den Monat Oktober notwendig ist.

Die in den Schiedssprüchen vorgeführten Differenzierungen der Löhne für Arbeiter unter 20 Jahren bringen zunächst ganz gewaltige Unterschiede in den Lohnsätzen, stehen aber auch zum Teil im Widerspruch zu den Bestimmungen einzelner Tarifverträge und werden daher von der Konferenz abgelehnt.

Die Einführung einer kollektiven Produktionsprämie für etwaige Mehrförderung in den Kohlengruben lehnt die Konferenz ebenfalls ab. Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsleistung können nicht durch solche Maßnahmen gesteigert werden, solange nicht energetische Maßnahmen gegen die auf höchste gestiegene Not der schaffenden Bevölkerung und gegen die Verkürzung der gewissallosen Elemente erfolgen, welche diese Not täglich begünstigen.

Geschäftlich und erfolgreich ist über solche Probleme nur zu reden, wenn die Wirtschaft in der von den Arbeitnehmerorganisationen oft dargelegten gemeinschaftlichen Richtung ernsthaft in Angriff genommen wird.

Die Organisationsvertreter werden beantragt, sofort die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, damit die Arbeiterschaft des Bergbaus absehbar in den Besitz der notwendigen Zahlungsmittel gelangt. Die Konferenz verlangt die Erledigung der Lohnfrage bis zum 12. November.“

In der Konferenz referierte Kamerad Schmidt über die letzten Lohnverhandlungen. In eingehenden Darlegungen wies er nach, mit welcher Sähigkeit sich die Verbandsvertreter bemüht haben, eine entsprechende Lohnhöhung für die letzte Oktoberhälfte und für den Monat November herauszuholen. Es war ihnen leider nicht möglich durchzudringen, so daß die Arbeitnehmer aller Richtungen genötigt waren, gegen den Schiedsspruch zu stimmen. Was die Organisationsvertreter über die Leuerung in den Verhandlungen ausgeführt haben, ist im vollen Umfang, ja noch viel schöner eingetreten. Für den Oktober weisen die Preislisten der Konsumvereine des Ruhrgebietes eine

Verteuerung der Lebensmittel um 117 Prozent. Unter Berücksichtigung der für Oktober gewährten Lohnsteigerung von rund 24 Prozent wären danach noch rund 92 Prozent der Verteuerung durch Lohnsteigerung abzugelenkt gewesen, wozu weiter noch eine entsprechende Erhöhung für November kommen mühte.

Aber abgesehen von den ungenügenden Höhe der Zulage stellt der gefallene Schiedsspruch eine Verletzung der tariflichen Bestimmungen dar, die von den Organisationen nicht verantwortet werden kann. So sieht der Tarif für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau nur eine Differenzierung der Löhne vor für die jugendlichen Arbeiter von 14-18 Jahren, während der Schiedsspruch darüber hinaus die Differenzierung auch für 18- bis 20-jährige vorsieht. Die neue Lohnregelung bringt es weiter mit sich, daß z. B. der Kohlenhauer in Niederschlesien vom 1. November ab 227,50 Mk. pro Schicht weniger verdient, als der Hauer im Ruhrgebiet, während der 17-jährige Schlepper in Niederschlesien 52 Mk. mehr verdienen würde, als der Schlepper im Ruhrgebiet. Nebnliche Unstimmigkeiten entstehen durch den Schiedsspruch in vielen Fällen und das ist für die Organisation untragbar.

Kamerad Schmidt bezeichnete als neu aufzustellende Forderungen der Organisationen:

1. Voller Ausgleich der Oktobersteuerung.
2. Weitere Lohnzulage für November entsprechend der Preisentwicklung im Anfang des November.
3. Kürzere Lohnzahlungsperioden für das Ruhrgebiet und für einige andere Bezirke zur Ausgleichung des Entwertungsfaktors, der in der jetzigen Lohnzahlungsmethode liegt.

In der Debatte traten die Kameraden aus allen Bergbaubezirken dem von Schmidt entwickelten Standpunkt des Vorstandes bei. Sie kritisierten scharf die völlig ungenügende Höhe der Zulage und schilderten die durch den Schiedsspruch hervorgerufenen Unstimmigkeiten. Ganz besonders kam in der Debatte die ungeheure Empörung der arbeitenden Bevölkerung über die gegenwärtige Preisentwertung zum Ausdruck. Mit aller Schärfe wurde verlangt, daß endlich die Regierung energische Maßnahmen in die Richtung trifft, welche die Gewerkschaften der Gewerkschaften zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Not aufgestellt haben. Geschehe das nicht, so könne die organisierte Arbeiterschaft keinerlei Verantwortung übernehmen für die Dinge, die sich notwendig aus solchen Zuständen entwickeln müssen.

Der Gewerkschaftsbericht Bergarbeiter, die Hirsch-Dundersche Bergarbeiterorganisation und die Polnische Gewerkschaftsvereinigung beschlossen in ihren ebenfalls am 5. November abgehaltenen Konferenzen gleichfalls die Ablehnung des Schiedsspruchs. An das Reichsarbeitsministerium und an die Unternehmerorganisation haben die Verbände sofort das dringende Verlangen nach neuen Verhandlungen gestellt.

Kapital gegen Bolt!

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ übt Woche für Woche heftige Kritik an allen Maßnahmen der Regierung, insbesondere aber an allen Vorschlägen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die eine Besserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands bezwecken. Genauso besonders tun es ihr natürlich diejenigen Vorschläge an, die eine höhere und schnellere Steuererhebung zum Ziel haben. Das ist sehr verständlich. Hier liegt eine wichtige Quelle der Verschuldung unserer Wirtschaft. Im Krieg begann die Methode Heißfettzettel, zu pumpen statt Steuern zu erheben. In den Jahren nach dem Krieg hat die Kapitalistenklasse es verstanden, sich vor kräftigen Steuern zu drücken, so daß die Notenpreise immer rasender laufen müsste. Nicht weil die Reparationslasten uns erdrückten, sondern auch wegen unserer inneren Politik, die nicht die Kraft sonderte, die Steuern dort zu holen, wo sie sind. Wo sie zu holen sind, zeigt jeder Zweig von Handel und Industrie. Wir kommen über die Wohnungsnutzung, die Baustoffindustrie schwimmt im Gelde. Stinnes öffnet fast eine Milliarde, um aus dem Umweg über die Berliner Handelsgesellschaft an Karpen heran zu kommen. Die bayerischen Wirtschafts-Gemüterwerke erhöhen ihr Aktienkapital um 82 Millionen Mark. Stinnes übernimmt davon 47 Millionen! Die Dortmunder Gemüterwerke A.-G. wollen eine wohnsinnig hohe Dividende verteilen. Darüber wird gemeldet:

In der am 30. Oktober abgehaltenen Ausschusssitzung wurde beschlossen, der für den 27. November nach Dortmund einberufenen außerordentlichen Hauptversammlung die Ausstellung einer Dividende von 75 Prozent sowie einen Bonus von weiteren 75 Prozent vorauszuschlagen. Ebenso sollen die Aktiendreher einen Bezugschein erhalten aus 8 bezahlten Aktien auf jede Aktie von 1000 Mark, die zur Auszahlung gelangt, sobald in einem schwedenden Prozeß das Ur-

teil zugunsten der Gesellschaft gefallen und rechtskräftig geworden ist. Der Prozeß steht nach Auslage der Verwaltung recht günstig. Ferner soll das Aktienkapital von 8 Millionen auf 25 Millionen erhöht werden, unter Einräumung eines wertvollen Bezugsschreites für die bisherigen Aktiendreher. Die Verwaltung hofft auch bei dem erhöhten Aktienkapital die bisherige Dividende von 75 Prozent beizubehalten zu können, vorausgeschickt, daß nicht wesentliche Veränderungen in der allgemeinen Wirtschaftslage eintreten.“

Die Finanzverhältnisse des Reiches werden immer katastrophaler. Die Ausgaben waren im Oktober gegenüber dem Frieden um das 287fache, die Einnahmen um das 118fache gestiegen. Seit April d. J. verdoppelt sich die schwedende Schulden des Reiches, sie betrug am 30. Oktober 619 Milliarden Mark. Seit Ende August, also in einer Zeit, in der keine Barzahlungen zur Reparation zu leisten war, wuchs sie von 355 Milliarden auf 619! Es ist klar, daß mit allen Mitteln Wirtschaft und Finanzen des Landes geschützt werden müssen.

Der Kampf um die Stabilisierung der Mark ging in den letzten Tagen heißer wie bisher vor sich. Daß er sich so lange hinzog, ist dem Umstand zuzuschreiben, daß die Kapitalisten den Glauben an die Mark verloren haben, daß sie sich längst schon auf den Dollar eingestellt, danach ihre Kalkulationen errichtet und ihre Preise eingestellt. Das ist ihnen um so leichter möglich, als wir auf fast allen Gebieten die berühmte „freie Wirtschaft“ haben, bei der sich der Produzent, der Händler und Käufer gut stehen und das Volk verhungert. Nur im Wohnungsbau und in der Kohlenwirtschaft ist von einer gewissen Preisbindung die Rede. Die Folge ist eine Kreissteigerung, mit der keine Lohn- und Gehaltssteigerung mitkommt. Das Kapital fließt in die „Metallwerke“, die Werkstoffe aus Industrie und Handel steigen rapid im Kurs, eine immer

höherer Ziffer soll durch „Wiederarbeit“ verzinst werden. Nach dem Altenindex der „Frankfurter Zeitung“ standen Aktien, die Januar 1920 einen Kurzwert von 7919 darstellten, am 27. Oktober d. J. auf 184,51 Mark!

Die Preise der Produzenten, im Groß- und Kleinhandel stiegen märchenhaft schnell. Am 19. August kosteten Stahlblöcke 17800, am 25. Oktober 71960 Mk., sie liegen auf das 87fache des Friedenspreises. Die Indexziffern, die privat und amtlich veröffentlicht werden, geben schon gar kein Bild der Lage mehr, da auch im Kleinhandel sprunghaft gestiegen wird. Die Kaufleute legen den Heitrag, der sich in die Woche einschiebt, weil er ihnen Zeit gibt, um zu zeihen. Vom Morgen zum Mittag, Stunde um Stunde steigen die Preise. Der Großhandelsindex der „Industrie- und Handels-Zeitung“ verzichtete für die vierte Oktoberwoche eine Steigerung um 38 Prozent, auf das 78fache des Friedenspreises. Die Mitteilungen über die Steigerungen im Kleinhandel bleiben erheblich dahinter zurück, die Preise lassen sich heute so nahe den Großhandelspreisen an, daß uns heute auch der Vorschlag von Prof. Wolf, über den man vor einigen Wochen noch reden konnte, überholt erscheint. Wolf schlug vor, als Maßstab für Lohnzulagen das Mittel zwischen Groß- und Kleinhandelsindex zu nehmen. Heute kann seine Rede mehr davon sein, daß diese Methode das Richtige trifft. Bei den Verkäufern gestaltet sich das Zurückbleiben der Löhne hinter den Preisen um so schlimmer, da sie Lohnsteigerungen erst weitestgehend später bekommen. In neuen Lohnverhandlungen muß deshalb unbedingt ein Weg gefunden werden, der diesen „Entwertungsfaktor“ für die Bergleute mildert.

Gegen die Stabilisierung der Mark sind weite Kreise des Handels und der Industrie, weil sie kurzfristig glauben, daß sie sich dabei besser leben. Hat ihre Politik Erfolg, dann sind all unsere Preise recht bald den Weltmarktpreisen gleich und wir ersaußen in der Arbeitslosigkeit, die in den letzten Wochen schon merklich anwächst.

Erst rechtswise haben die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen aller Richtungen einen entschiedenen Vorstoß bei der Regierung gemacht, um die Stabilisierungsaktion vorwärts zu treiben. Daf die Aktion nötig und möglich ist, unterliegt für uns keinem Zweifel. Die „Frankfurter Zeitung“ hatte durchaus recht, als sie an dieser Frage schrieb:

„Im ganzen ist es eine Frage der Entschlussfähigkeit und des Mutens. Es handelt sich um ein verzweifeltes Mittel, um einen legitimen Versuch. Und niemand vermag zu garantieren, daß der Versuch gelingen, daß nicht schließlich die Huic auch noch diese letzte Barriere überwinden werde — daß die Regierung der Reparation und die große Atempause, die wir unbedingt brauchen, rechtmäßig und in der richtigen Weise kommen werde. Niemand vermag das zu garantieren. Aber diejenigen, die deshalb das Magnis ablehnen, müssen Antwort auf die Frage geben, was sie denn bereitst an passiblen Mitteln vorschlagen, und was aus Deutschland werden soll, wenn wir in fiktivistischer Unterstellung — denn darum handelt es sich — vor dem Goldschak liegen bleiben und untätig den Dingen dem Abgrund weiter zurollen lassen, bis es den Siegern endlich besiegt werden, uns zu retten. Jeder Tag, der jetzt ungenügt verstreicht, bedeutet neue Expropriation derjenigen Schichten, die ohnehin schon fast bis aufs Sezze expropriert sind, bedeutet neue Geschädigung der großen Volksmassen, neue Zerrüttung der Wirtschaft und eine Entstaatlichung des Staates, der, immer unfähiger zur normalen Erfüllung seiner Funktionen, nachgerade in ein Scheinleben hineingerät, während unabhängig von ihm und vielfach gerade in entgegengesetzter Entwicklung die Wirtschaft ihr eigenes Leben weiterführt. Ueberdies: von den Siegern haben wir, wenn wir weiter untätig bleiben, nicht Rettung, sondern fälschlichstes Verhängnis zu erwarten. Die Deutschösterreich von dem Völkerbund angekündigte Enthülligung, noch mehr die neuesten Vorschläge Frankreichs an die Reparationskommission zeigen es. Was uns droht, ist der Zwang zur Sanierung, wenn wir nicht freiwillig retteln, ein Zwang, der die Regierung des Reiches völlig zum Bützel der Sieger und zugleich deren Willen auch für die Art und für die Mittel der Sanierung maßgebend machen soll: was dann aus der deutschen Wirtschaft würde, wenn das Ausland entscheide, was aus der Mark werden und auf welchem Niveau eine Stabilisierung eintreten oder gar (ein unvorstellbarer Gedanke) ein neues Geld an die Stelle der Mark gesetzt werden soll, das mögen sich diejenigen beantworten, denen ganze Weisheit in fiktivistischer Untätigkeit besteht. Entschlussfähigkeit und Mut tut uns gut, denn wir haben wirklich nicht mehr sehr viel zu versetzen, wir haben auch keine Zeit mehr zu verlieren.“

Herr Habenstein von der Reichsbank wendet sich gegen diesen Verlust, er beruft sich darauf, daß er schon im Sommer 270 Millionen Goldmark für eine Stabilisierungsaktion der Mark ohne Erfolg verwandt habe. Dieser Vorgang ist aber absolut kein Vergleich. Damals drückte die Reichsbank den Devisenfokus, aber nur für Stunden, sie warf Devisen auf den Markt, die Kurste fielen. Spekulanten kauften, um am nächsten Tag teurer zu verkaufen, wieder den Kurs von der Reichsbank drücken zu lassen, und dann wieder zu kaufen. Die Schaffung eines wertbeständigen Papiers ist mit dieser Methode natürlich nicht in Vergleich zu stellen.

Bei den Verhandlungen mit der Reparationskommission wird von uns bewiesen werden müssen, daß wir alles mit Möglichen tun, um unsere innere Lage zu verbessern, ohne uns zwangsläufig zu lassen. Charakteristischweise haben auch diesmal das Auswärtige Amt und das Wiederaufbauministerium unter Umständen die Wirtschaftsminister zusammengebracht, daß Stinnes und Genossen als Sachverständige vor der Reparationskommission erscheinen sollen. Es bedarf erst eines energischen Protestes der Arbeitnehmerorganisationen, um auch die Zugabe von Arbeitnehmervertretern zu erreichen.

Müssen man solche Partikommunisten mit dem Streben der Unternehmer nach Arbeitszeitverlängerung usw. zusammen, so leistet ein vor weitaus eingeschränkter Entscheidungen unter Band und vor welchen Spannungsmöglichkeiten die Arbeiterschaft steht?

Zum Unglück auf der Zeche Helene-Amalie.

Eine Gewöhnung auf die Darstellung der Bechenverwaltung.

Die Verwaltung der Zeche Helene und Amalie veröffentlicht in der Tagestrasse eine längere Erklärung über das große Grubenunglück vom Mai d. J. In dieser Erklärung versucht sie zunächst den Vorfall zu widerlegen, den der Vertreter des Handelsministeriums auf Grund der Untersuchungen der Grubenicherheitskommission im preußischen Landtag erläuterte. Auf die Entstehung und Auswirkung der Explosion näher eingehend, glaubt die Bechenverwaltung zum Schluß auch den Bund der technischen Angestellten und Beamten für das Grubengesetz indirekt verantwortlich machen zu können. Sie schreibt unter anderem:

"Tatsache ist, daß das Unglück lediglich durch den Leichtsinn des Hilfssteiger Fr. Friedrichs verhindert wurde. Über die Eigenschaften dieses Hilfssteiger war sich die Gemeinschaft bereits früher gut geworden. Dem Hilfssteiger war 1920 wegen Verfehlungen gegen die bergpolizeilichen Vorschriften gefeuigt worden. Die Kündigung mußte aber zurückgezogen werden, weil der Bund der technisch-industriellen Beamten, dem der Hilfssteiger als Mitglied angehörte, mit einem Streik drohte, falls der Hilfssteiger entlassen würde. Nur infolge des Vorgehens des Bundes der technisch-industriellen Beamten entzog man sich, den Hilfssteiger mit Rücksicht auf die vielen sonstigen Kurkuren, denen die Schachtanlage bereits vorher ausgesetzt gewesen war, zu behalten, ihn aber zu begradigen."

Mithin ist, daß die Entstehung des Unglücks durch den Leichtsinn des Hilfssteiger Fr. Friedrichs verhindert wurde, trotz aller festzustellen bleibt, ob Steiger Fr. ohne Wissen höherer Beamten gesondert hat. Die Aussagen bei der Untersuchung sind in diesem Punkte sehr unzulänglich. Fahrsteiger Hagemann will am Unglücksstage mit Steiger Fr. vor dessen Aufnahmen gesprochen und infolgedessen gewußt haben, daß dieser abends längere Zeit im Grube bleiben wollte. Warum Steiger Fr. länger in der Grube bleiben wollte, sei ihm nicht bekannt gewesen. Steiger Fr. und die anderen an der Sprengung Beteiligten sind tot. Es dürfte daher kaum möglich sein, die Wahrheit einwandfrei festzustellen. Tatsache ist aber, daß Fahrsteiger Hagemann dem Steiger Fr. auf Grund der Untersuchung vorher eine halbe Uebersicht ungestrichen hat.

Zu der Kündigungsschlußfahre vom Jahre 1920 haben wir folgendes zu erkennen: Es stimmt, daß die Kürzung im Februar 1921 dem Verfehlungsfall mit der Revertierung leitenden Steiger Friedrichs die Stellung kündigte und zwar auf Veranlassung des Grubeninspektors Wenzmann, der damals Obmann des Angestelltenausschusses war. Die Kündigung erfolgte in einer Angestelltenausschusssitzung, und zwar wiederum auf Veranlassung des Grubeninspektors Wenzmann, der Mitglied des Angestelltenausschusses die Kündigung gründlich widerlegt hatte und sich anschickte, den staatlichen Schätzungsrausch zu unzurufen. Diese Widerlegung der Kündigungsgrund ist in der Zulässigkeit der Kündigung geführt, und nicht unter Einschluß, wonit wir die Bechenverwaltung batzen, die Kündigung mit Rücksicht auf die große Familie des Steigers Fr. zurückzunehmen. Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß auf der Schachtanlage Amalie schon längere Zeit eine starke Erziehung unter der Angestelltenzahl ist wegen der eigenartigen Interessensverteilung durch den Grubeninspektor Wenzmann her ist. Bediglich hierauf hatten wir in unserem Schreiben an die Bechenverwaltung hingewiesen.

Wir weisen daher die von der Bechenverwaltung gegen uns erhobenen Vorwürfe mit aller Schärfe zurück! Der Bechenverwaltung wollen wir aber folgenden Vorfall ins Gedächtnis zurückrufen: Im August 1921 — also nun Monate vor dem Unglück auf Schacht Amalie — entstand auf der Schachtanlage Helene ebenfalls ein Grubenaunfall, welches auch durch die Sprengung einer auszuhauenden Bremsschreibe und zwar unter der Aufsicht des Fahrschmieds Fr. Friedrichs verhindert wurde. Der Fahrschmied und neun weitere Personen verunglückten dabei tödlich. Nur durch Zufall verbreitete sich die Explosion nicht in dem Maße, wie auf Schacht Amalie. Wir fragen hiermit öffentlich an: Wer will die Bechenverwaltung für die leichtsinnige Handlungswise dieses Fahrschmieds verantwortlich machen? Wir fragen weiter: Was hat die Bechenverwaltung nach diesem ersten Vorfall auf Schacht Helene getan, um derartig leichtsinnige Handlungen für die Folge zu unterbinden? Die Bechenverwaltung hatte u. E. die Pflicht, nach diesem Vorfall, der einer ganzen Anzahl Menschen das Leben kostet hatte, alles zu tun, um solche Vorkommen unmöglich zu machen. Wenn das aber nicht gelungen ist, trifft die Bechenverwaltung die ganze Wucht der Verantwortung für das Unglück auf Schacht Amalie.

Die Darlegungen der Bechenverwaltung über die Erziehung und Wirkung des Angestelltenexplosions auf Schacht Amalie enthalten viele Widersprüche. Die Bechenverwaltung schreibt:

"Durch die zuerst explodierende Patrone mußte der Kohlenstaub ausgeworfen werden. Dieser aufgewirbelte Kohlenstaub rissigte den Stahlhaken hinunter und erschützte ihn. Da dem so mit Kohlenstaub gefüllten Stahlhaken erzeugte die nächstfolgende Patrone eine schwere Kohlenstaubexplosion, die noch durch die daraus zur Explosion kommenden Patronen verstärkt wurde..."

Durch diese Darstellung gibt die Bechenverwaltung unumstöndlich zu, daß Bremshammer und Stahlhaken groÙe Mengen Kohlenstaub entstehen. Warum waren die Abtragungen von Kohlenstaub nicht (gem. § 160 Abs. 2 der BGB) durch Befeuung unzulässig gemacht? Daß die Spritzwasserleitungen längst ausgebaut waren. Hätte die Bechenverwaltung von dem Oberbergamt (gem. § 160 Abs. 3 BGB) die Ge-

nähigung, von der Befeuung dieser Grubendäue abzusehen? Es ist ein Widerspruch in sich, wenn die Bechenverwaltung weiter schreibt:

"Wegen ihrer Festigkeit verbreitete sich die Explosion auf die 20 Meter vom Stapel entlang führende Rüststraße. Eine weitere Verbreitung hat dank des ordnungsmäßigen Zustandes der Grubendäue die Explosion nicht genommen. Die Explosion ist auf die Rüststraße beschrankt geblieben und ist nicht in die Abstellungsquerstraße vorgedrungen, ein Zeichen, daß die Befeuung in Ordnung war."

Es steht fest, daß durch die Explosion die Rüststraße in einer Länge von etwa 1000 Metern zerstört wurde. Die Rüststraße war seinem Abstellungssteiger zugewiesen. Wer trug die Verantwortung für ihre ordnungsmäßige Befeuung? Wenn auf der Sohle der Rüststraße häufig Wasser stand, so beweist das noch nicht, daß die Befeuung in Ordnung war, denn das Abflußwasser von der Schachtanlage Helene floß durch diese Rüststraße.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Grubenicherheitskommission des Amtshauptmanns auf Grund des Untersuchungsergebnisses die Offenbarkeit über den Tatbestand aufklären wird. Doch im Interesse der Wahrheit halten wir uns für verpflichtet, die von der Bechenverwaltung gegen uns erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen. Wir sind bereit, nötigenfalls vor Gericht mit Sachkenntnismaterial zu dienen. Mit Entscheidlichkeit verurteilen wir das verbotswidrige Schießen, sowohl des Steigers Friedrichs, als auch des Fahrschmieds Fr. Hagemann. Welche parallel liegenden Fälle sowie die von der Bechenverwaltung selbst geschilberten Meldungen der Explosion beweisen aber, daß die Bechenverwaltung das Recht verwarf hat, irgendwelche Vorwürfe gegen andere zu erheben.

Bund der technischen Angestellten und Beamten (Gau Rhein-Westfalen). Bauer.

Bolzwirtschaftliche Rundschau.

Die Arbeitschône in den Hauptindustrieländern.

Im neuesten Wiedereraufbau des "Manchester-Guardian" berichtet Hilton, Direktor des sozialistischen Büros im Londoner Arbeitsamt, über die Realitäten der Arbeiter in verschiedenen Ländern. Er bespricht die Arbeitschône in England, Deutschland, Frankreich, Belgien und Amerika. Das verarbeitete Material stammt aus dem Frühjahr dieses Jahres. Es geht daraus hervor, daß der Durchschnittslohn, also berechnet nach der Kaufkraft des Landes, in Deutschland 54 Prozent, in Belgien 58, in Frankreich 70 und in Amerika 154 Prozent des in England lebenden beträgt. Merkwürdig sind die Gehaltsunterschiede in den verschiedenen Ländern für die ungelehrten Arbeiter. Da sind die Ziffern folgende: Deutschland 72 Prozent, Frankreich 69, Belgien 60 und Amerika 78 Prozent des englischen Lohnes. Ein bürgerliche Presse (sogar das "Berliner Tageblatt") zieht aus diesen Zahlen die Folgerung, daß die ungelehrten Arbeiter in seinen Ländern wie in Deutschland. Es ist richtig, daß bei uns eine erhebliche Angleichung der Löhne dieser Arbeiter an die der gelehrteten stattgefunden hat, das hat aber seinen Grund in der absoluten Niedrigkeit des Einkommens überhaupt.

Von den Betriebsräten.

Einzelstrafen ohne Mündigung der Betriebsvereinigung sind ungeeignet.

Nachdem das Landgericht Dortmund vorliegendem von uns vertretenen Standpunkt — Urteil vom 19. Juli 1922, veröffentlicht in der "Bergarbeiter", Nr. 38 vom 22. September — beigegeben ist, hat auch das Berggerichtsgericht Dortmund seinen Standpunkt revidiert. Als Beweis dient hierfür nachstehendes Urteil:

In Sachen der Bergarbeiter Friedrich Völker und Wilhelm Schönenberger gegen Feste Pet. Wiedenhölsbach in Krudel wurde für Recht erkannt: 1. Verklage wird verurteilt, an die Kläger zu 20 Mr. einhundert Strafzettel zu zünden. 2. Die Kosten werden auf 2,50 Mr. fristgestellt und der Verlogten zur Last gelegt. 3. Die Urteile wird für verläufig vollstreckbar erklärt. Von Rechts wegen!

Tatbestand und Entscheidungsgesetz.

Müller wurden wegen Nichtbefolgs eines gegebenen Anordnungs mit je 20 Mr. bestraft. Der Betriebsausschuß erhielt von der Bergarbeiterkennung. Müller haben Klage erhoben mit dem Vorwage, Verklage zur Bildung der vom Vorsteher einbehaltener Gefangen zu verurteilen, da die Strafe ohne Genehmigung des Betriebsausschusses geübt sei. Verlogte hat um Abwehr der Klage gekämpft. Nach § 22 der Arbeitsordnung dürfen Strafen nur unter Mitwirkung des Betriebsausschusses geübt werden. In Streitfällen entscheidet nach § 80 Absatz 2 des Betriebsreglements des Sättigungsausschusses, ob eine Zustimmung zur Strafe die Verklage als Verbergern einzuhauen hat. Solange die Zustimmung nicht vorliegt, wie im vorliegenden Falle, ist die von den Verlogten ohne Einverständnis des Betriebsverderrettung verhängte Einzelstrafe ungültig und darf nicht vom Lohn abgezogen werden. Hierauf war dem Kläger nicht stattgegeben.

Die Kostenabrechnung ergibt nach § 58 des Gewerbegerichtsgesetzes und nach § 91 der Zivilprozeßordnung.

Dortmund, den 4. Oktober 1922.

Der Vorsitzende. J. B. B.

Annotation. Ob alle Strafvergehen in diesem Sinne entscheiden, wird die Zukunft lehren. Kosten vor es. Um sicher zu gehen bzw. um gegen fehlerhafte Berufung am ordentlichen Gericht einzulegen zu können, ist eine Klageerhebung zu empfehlen.

Schutz der Grünflächen!

An der Erhaltung grüner Flächen, Busch und Wald, ist niemand so interessiert, wie die in den Reihen des Bergbaus lebende und arbeitende Bevölkerung. Sie ist es deshalb, weil die Platz brauchende Bergwerks- und sonstige Industrie schon längere Zeit niedergebaut hat, was ihr im Wege stand, und weil außerdem die Ausbauten der Industrie, Kohlenstaub und giftige Gase sowie die durch den Bergbau hervorgerufenen Verschmutzung des Grundwasserstandes das Bergbaurecht weiter treiben, die im eigenen Interesse dieser Bergwerksleitung der Raum entgegensteht, denn der Mensch braucht nun einmal den Raum, um die Lunge am Sonntag zu erfrischen, wenn er selbst frisch und gesund bleiben soll, und er braucht die Wiese, um das Auge von der Anstrengung der Berufssarbeit und des Lebens durch den Blick ins Grüne und ins Grüne zu erhalten.

Den sollte meinen, daß dem Volke der Wald nun auch heilig sei. Ja, unseren Vorfahren, den alten Germanen, war der Wald ein Heiligtum, in dem sie ihre Götter verehrten; aber uns zeigt die Beobachtung, daß gerade in dem gaudenlosen idiotischen Verhalten der Bevölkerung den Wald noch ein neuer und zwar der gesellschaftliche Feind entsteht. Das sieht man z. B. bei den wenigen Siedlungen, die es im Ruhrgebiet noch gibt, wo Kinder und junge Leute mitunter aus Praktiken, Blättern, Bällen, Käse obreitzen, oft bald wieder fortwerfen, die Kinder beschädigen, aber auch ihre Hagen hinstellen, die alles Jungholz vernichten, und schließlich sogar ganze Bäume mitgehen lassen, um Gartenzäune instand zu setzen, eventuell damit zu heizen. Nicht zu vergessen das Treiben des Wunderbares, wie im Wald abholzen und dadurch Brände verübt haben, kann es den in die Milliarden geh

Kompl oder in einem Durcheinander verübt wurden. Neu aufgenommen sind die Fälle des dritten und vierten Quartals (1921 und 1922) und mehrere Fälle aus dem ersten und zweiten Jahr (1919 und 1920), die dem Verfasser erst jetzt bekannt wurden. Im ganzen sind 26 neue Morde aufgenommen worden, 23 von rechts und 3 von links. Von den 14 verschwundenen Morden sind alle von rechts begangen worden. Die alte Tuglage behandelte dennoch 21 Morde, 19 Petre von links, 345 von rechts. Das neue Buch zählt 376 Morde dar, 22 von links, 354 von rechts. Voll gesühnt sind von 22 Linksmorden 17, von 354 Rechtmorden 21. Einziger hat um Abwehr der Klage gekämpft. Nach § 22 der Arbeitsordnung dürfen Strafen nur unter Mitwirkung des Betriebsausschusses geübt werden. In Streitfällen entscheidet nach § 80 Absatz 2 des Betriebsreglements des Sättigungsausschusses, ob eine Zustimmung zur Strafe die Verklage als Verbergern einzuhauen hat. Solange die Zustimmung nicht vorliegt, wie im vorliegenden Falle, ist die von den Verlogten ohne Einverständnis des Betriebsverderrettung verhängte Einzelstrafe ungültig und darf nicht vom Lohn abgezogen werden. Hierauf war dem Kläger nicht stattgegeben.

Hinterließ es einen Rest, der Kindern und anderen Personen gefährdet?

von Rose und Seeling, Verlag Dr. Max Gehlen in Leipzig.

Ein ausgezeichnetes Buch, berufen, das Verständnis für das Wirtschaftsleben zu wecken. Die Darstellung ist übersichtlich und leicht fasslich. Die Gütererzeugung, der Güterlauf, die Güterverteilung, der Güterverbrauch werden eingehend behandelt; dabei grundlegende Begriffe, wie Wert (Wichtwert), Brutto, Kapital, Grundrente usw. in ausgiebiger und vollständiger Art erläutert. Die verschiedenen Ansichten der Wirtschaftspolitikkeiten finden wir durch das ganze Buch verstreut. Das ist in dieser unsicheren Zeit den Atem anhaltende Geld- und Wirtschaftswesen in auch in seinen Wurzeln und seinen Verstärkungen gut gezeigt. Ein 3. Kapitel: Wirtschaftspolitik — Agrar, Gewerbe, Handels- und Verkehrspolitik — erschließt in seinem Aufbau, allerding in gedrängter Form, die Einführung in alle wirtschaftlichen Lagefragen.

Zeitungskundwörter und politische Schlagworte.

Bereits in siebziger, jetzt fast vermehrter Auflage erscheint das Taschenbuch: "Zeitungskundwörter und politische Schlagworte" (Verlag "Vorwärts", Berlin SW 68). Mit umfassendem politischen Verständnis und seinem Bild, der sich in dem kurzen Vorwort über den Gebrauch des Fremdworts in der deutschen Sprache äußert, erläutert und verdeutlicht Dr. Braun die Fremdwörter, fremdsprachliche Titels und politische Schlagworte in einer ebenso lebendig anschaulichen Weise, daß sich man jedermann über die Bedeutung der in Zeitungen, Büchern und Postkarten aufzutreffenden, nicht ohne weiteres verständlichen Wörter und Begriffe unterrichten kann. Dem Buch, das durch jede Buchhandlung über direkt durch den Verlag zum Preise von 30 Mr. bezogen werden kann, ist die wettende Verbreitung zu wünschen.

Gesetzgebung und Verwaltung.

Befreiung der Einzelaerstellen durch Arbeit.

Die Arbeitssammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets hat sich in ihrer am 18. Oktober stattgefundenen Plenarsitzung mit einem durch das Oberbergamt in Dortmund zur gesetzlichen Stellungnahme vorbereiteten Entwurf des Handelsministeriums in Berlin vom 21. Mai d. J. betraut, die Befreiung der Einzelaerstellen im Bergbau durch praktisch tätige Bergarbeiter beabsichtigt. Von der Bergarbeitergruppe wurde dies nachfolgende Gutachten I von der Arbeitssammer gegen 2 Stimmen angenommen.

Gutachten I der Arbeitssammergruppe.

Die Arbeitssammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets hat sich in ihrer am 18. Oktober stattgefundenen Plenarsitzung mit einem durch das Oberbergamt in Dortmund zur gesetzlichen Stellungnahme vorbereiteten Entwurf des Handelsministeriums in Berlin vom 21. Mai d. J. betraut, die Befreiung der Einzelaerstellen im Bergbau durch praktisch tätige Bergarbeiter beabsichtigt. Von der Bergarbeitergruppe wurde dies nachfolgende Gutachten I von der Arbeitssammer gegen 2 Stimmen angenommen.

Die Arbeitssammer für den Bergbau des Ruhrgebiets hat zu dem Erfolg des Herrn Minister für Handel und Gewerbe vom 24. Mai 1922 Stellung genommen. Sie ist nach Prüfung der Eingabe des Verbandes technischer Beamten der Staats-, Hütt- und Salinenverwaltung an das Bureau des preußischen Abgeordnetenbüros vom 18. Juni d. J. und der Reuerung der preußischen staatlichen Eisenbahn zu Dortmund folgende Gutachten zu überreichen:

Es ist eine offizielle Forderung der Bergarbeitergruppe, daß das durch

Reihen gewählte Arbeitsteilung mit der Kontrolle der Bergwerke

abgesehen werden. Die in der Eingabe des Verbandes technischer Beamten der Staats-, Hütt- und Salinenverwaltung an das preußische Abgeordnetenbüro an

den preußischen Oberbergamt zu Dortmund zu geäußerten Bedenken gegen die Verantwaltung von praktisch tätigen Bergarbeitern als Einschreit

en zu rücksichtigen, wenn es gilt, Leben und Gesundheit der Bergarbeiter zu schützen.

Zu beiden Eingaben kommt man zu dem Schluss, daß die Kenntnis und die theoretische Augemeindung der praktisch tätigen Bergarbeiter nicht hinreichend ist, um den Posten eines Einzafahrers übernehmen zu können. Im ersten Gutachten findet man einen gewaltigen Widerspruch, denn im zweiten Absatz wird gewünscht, daß die Bergarbeiter und ihre Vertreter in solche Beamtenstellen aufsteigen sollen, und im letzten Absatz wird das Gegenteil verlangt.

Wenn dann weiter in der Eingabe der Einzafahrer auf die vielen Unfälle hingewiesen und als Ursache möglicher Unfallherrschaft der Bergarbeiter nicht angegeben wird, so kann dies nicht schief gehen, aufgetragen werden.

Zumgegenüber muss mit allem Nachdruck betont werden, daß sich unter der großen Zahl der praktisch tätigen Bergarbeiter sicherlich eine Anzahl von Personen finden, die sich sehr wohl für den Posten eines Einzafahrers eignen.

Wenn in den beiden Eingaben auf die Forderungen der Gewerkschaften bezüglich der Frage der Einstellung ungefährten Personen als Aussichtsbeamte verwiesen wird und daran die Folgerung zur Nichteinstellung von Arbeitern als Einzafahrer gehüpft wird, so sind sowohl Bergarbeiter wie Forderung durchaus obigeztig. In diesen Forderungen handelt es sich darum, ungelehrte Personen, die der Bergbehörde als Aussichtsbeamte zur Verhinderung vorgeschlagen werden, vor einem Prüfungsausschuss zu bringen, vor dem dieselben den Nachweis ihrer Verantwortung erbringen sollen. Diese Forderung ist borechtigt, weil die Erfahrungen gezeigt haben, daß durchaus nicht immer die schlechtesten Arbeitnehmer den Bergarbeiter zu Diensten genommen werden sind. Zumal ist aber auch der Dienst eines Aussichtsbeamten mit den Dienstpflichten eines Einzafahrers nicht zu vergleichen. Der ungeschulte Aussichtsbeamte kommt, gerade weil er seine Eltern nicht wechseln kann (immer auf dieselben Rechte bleiben muß), viel eher in die Lage, sein ganzes Denken wirtschaftlicher einzufüllen, d. h. unter Umhänden an Seiten der Sicherheit für eine möglichst hohe Fördermenge Gedacht zu nehmen und wird dann zu einer Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeiterschaft.

Ganz anders ist es mit dem Einzafahrer. Er ist, da er staatlich angestellt ist, wirtschaftlich unabhängig und hat nur zu beobachten, ob die zum Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter erlassenen Vorschriften überstehen und immer befolgt werden. Wenn weiter in der Eingabe gesagt wird, daß die heutigen Einzafahrer ja aus den Kreisen der Arbeiter hervorgegangen seien, so muß leider festgestellt werden, daß diese heutigen Einzafahrer von wenigen Ausnahmen abgesehen es leider nicht verstanden haben, das Vertrauen der Bergarbeiter und ebenfalls das Vertrauen der Bergbauangestellten zu gewinnen. Als z. B. im vorigen Jahre auf Veranlassung des preußischen Oberbergamts zu Dortmund Bekanntmachungen, die zu großen Steigerrevieren von den Einzafahrern vorgenommen wurden, sind diese Bekanntmachungen in vielen Fällen in ein Durchzittern der Reviere ausgewartet, so daß von einer hoffnungslosen Kontrolle gar keine Rede mehr sein konnte. Das ist ein derartiges Verhalten nicht dazu angezeigt, Vertrauen zu gewinnen, dürfte einleuchten.

2. Sie müssen, soweit es im einzelnen Falle notwendig erscheint, vor einem paritätisch zusammengesetzten Ausschuss ihre praktische und theoretische Verfassung zu diesem Amt nachweisen.

Mit der Einstellung solcher Einsafer aus Arbeiterkreisen wird erreicht: 1. daß das Bergtrauen der Bergarbeiterchaft gegen die Einsafer bestellt ist, aber doch wenigstens herabgemindert wird; 2. daß durch das zunehmende Bergtrauen zwischen Bergarbeiter und Einsafer auch das Vertrauen zur Bergarbeiter wieder gestärkt wird, und 3. daß die Bergarbeiter im Beratzen auf die Richtigkeit der behördlichen Maßnahmen als so freudiger folgen würden, was im Interesse für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter nur zu begrüßen wäre.

Gutachten II der Arbeitsgruppe.

Die Arbeitsgruppe der Arbeitskammer ist der Ansicht, daß ein Bedürfnis, die Einsaferstellen auch aus den Reihen der praktischen Bergarbeiter zu besetzen, nicht vorliegt. Soviel ein Interesse des Bergarbeiters, an der Unialterstellung durch Bekanntgabe der Beratete mitzuwirken, anerkannt werden kann, ist dieses Bedürfnis hinreichend gedeckt durch die Tätigkeit der Betriebsräte. Die Einzuzeichnung der Arbeiterr zu den Einsaferstellen hat aber auch praktische erhebliche Bedenken, weil die Vorbildung der Arbeiter durchweg nicht ausreichen würde, um die verschleierten Verhältnisse, wie sie von dem Einsafer beurteilt werden müssen, richtig zu bewerten. Es ergeben sich des ferneren Bedenken, daß die aus dem Arbeiterrstande hervorgehenden Einsafer die Kontrolle ausüben müssen über die Grubendienste, die ihrerseits durchweg über eine Fachschulbildung verfügen. Daraus können Reibungen entstehen, die schließlich das ganze Institut der Einsafer zu diskreditieren geeignet wären.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Vom Betriebsratelongtrek der KPD.

Am 29. Oktober fand der rheinisch-westfälische Betriebsratelontrek der KPD statt. In dem Bericht wird zusammenfassend mitgeteilt, daß insgesamt 346 Mandaten 42 unabhängige Sozialdemokraten, 28 Arbeitersozialdemokraten und 62 Parteilose befanden. Metallarbeiter stellten 100, Bergarbeiter „über 80 Delegierte“, 11 von denen 64 der Union, 18 dem Bergarbeiterverband, 11 christlichen und 13 Hirsch-Dunderlichen Verbänden angehörten. Über die 62 politisch Unorganisierten wundern wir uns nicht, aber auch nicht über die „Unabhängigen“, „Mehrheitssozialdemokraten“ und Mitglieder des Bergarbeiterverbundes.

Wir erinnern uns nämlich an das Standesberichterstattung Nr. 8 der KPD vom 4. August d. J., in dem die Partei-Häle oder Komitee angehören würden. Aufrufe für den Betriebsratelontrek zu fabrizieren, wonach dann überall die Partei zum Anschluß bewegen werden sollten. Komitee folgte prompt dieser Anweisung. Wir erinnern uns an andere kommunistische Partikulare, in denen Oppositionelle aufgefordert werden, Mitglieder in der USPD und nun in der KPD zu bleiben, damit die KPD „Berichte“ aus dieser Partei bekomme! Da es eine USPD nur noch als Nebenpartei gibt, darf man die 42 Unabhängigen wohl dieser Gruppe zuschreiben. Die Parteilosen wundern uns auch nicht, Unorganisierte sind immer gern mit den Kommunisten gesousen, weil sie nichts von Wirtschaft und Politik verstehen. Wenn sie mal von den Kommunisten geängert werden, stellen sie bei Betriebsratssitzungen eine eigene Liste auf, so daß dann nicht 6 KPD, sondern nur einer und 5 Unorganisierte gewählt werden!

Wie die Wahlen zustande gekommen sind, ist ein Kapitel für sich. Ueber die Behauptung, daß in Essen 24 000 Arbeiter gewählt hätten oder auf Ernechte 2000 Mann, lassen ja die Hühner!

Wirkliche wirtschaftliche oder politische Bedeutung hatte der Kongress deshalb nicht. Daraan ändert auch die großsprechende Resolutionsmehrheit nichts. Wie es um die Kampfkraft dieser Richtung bestellt ist, zeigt ja die Union von Gnaden der KPD, die kein Geld hat, ihr Blatt zweitlig erscheinen zu lassen, die deshalb keinen Platz hat, im Verbandsblatt über den Verbandskongress zu berichten (II), die auch keinen Platz hat, die eigenen Anträge zur Knappfahrt-Generalversammlung abzuhauen!

Die Entschließung über Produktionskontrolle und Kontrollausfälle, die die Konferenz führte, umfaßt mehr als eine Flugblattseite. Denkschläge zur Wirtschaftsregelung werden übertrumpft durch die Forderung einer „reinen Arbeiterregierung“, durch die Forderungen „proletarischer Geldschaffung“ auf allen Produktionsgebieten.

Die Entscheidung zur Gewerkschaftsfrage wiederholte das alte Spiel nach Einheitswörtern, die Arbeiter (Kommunisten) zum Verbündeten in den Gewerkschaften aufzufordern, um hier gegen die Elitiker „für die proletarische Einheitsfront“ zu arbeiten. Es ist nach gerade erbärmlich und lächerlich, zu sehen, wie diese Zodsfeinde der freien Gewerkschaften zu tun, als sei ihnen um die Erhaltung besessen zu tun.

Auch zum Eintritt in die Genossenschaften und zum proletarischen (d. h. kommunistischen) Kampf in denselben fordert eine Entschließung auf.

Zur Wohnungsfraage verfügt eine Entschließung praktische Maßnahmen mit un durchführbaren Forderungen. „Enteignung des gemeinsamen Grund und Bodens“ ist Zulustenlust, von der Proletarier heute nicht eine Wohnung mehr bekommen. „Verwaltung des gesamten Wohnungswesens durch die Mieterräte“ und andere Forderungen sahnen sich lächerlich aus, wenn man daran denkt, daß die Macht der Arbeiterschaft durch die KPD schlaue geschwächt und zerschlagen wird. Das die Konferenz, deren Anhänger aus Bergarbeiterkreisen nicht genug wilde Ueberschreitungen machen konnten, auch gegen die Ueberarbeit im Bergbau protestierten, versteht sich von selbst.

Einzaine heruntergestiegene Gebuden aus dieser Konferenz erschienen unter der Hut von Brüder, die geboren sind aus total falscher Einschätzung der Machtmittel der verschiedenen Gesellschaftsschichten. Solange diese Phrasen regiert, gibt es keine Einheitsfront des Proletariats, sondern nur weitere Schwächung!

Um Schlüß des Kongresses machte der Vorsitzende bekannt, daß Delegiertenhonorar nur an Mitglieder des Dreizehnerausschusses gezahlt werden. Die Spesenzahlungen der übrigen Delegierten sollen öffentlich geregelt werden, d. h. sie sollen von den Organisationen getragen werden. Unsere Ortsverwaltungen und Käfferei machen wir diesbezüglich darauf aufmerksam, daß sie auf keinen Fall Gelder für solche Delegationen verwenden dürfen. Mit viel Bauhau verhinderten die Kommunisten, daß durch Sammlungen große Geldmittel aufgebracht worden sind. Wo sind diese nun geblieben? Wenn schon keine Gelder für diesen Bezirkstagskongress vorhanden sind, wie mag es da erst auf dem Reichskongress aussehen!

Internationale Rundschau.

Achtprozentige Erhöhung der belgischen Bergarbeiterlöhne.

Der paritätischen Kohlentkommission ist bereits vor mehreren Wochen seitens der Arbeiterschaften ein Antrag auf Erhöhung der Löhne zugangen. Die Unternehmer widerstehen und verlangten eine Untersuchung über die Kohlenpreise und die Löhne.

Ob jedoch das Resultat der von der Kommission angeordneten Enquête vorliegt, geben die Unternehmer plötzlich ihre Zustimmung zu einer achtprozentigen Lohn erhöhung.

In der belgischen Kohlentindustrie macht sich nämlich seit der Wirtschaftskrise des Wirtschaftskrisens ein erstaunlicher Mangel an Arbeitskräften bemerkbar. Momentan die Metallindustrie zeigt jetzt eine anwachsende Aktivität. Die große Arbeitslosigkeit nach dem Kriege, die eine Folge der industriellen Krise und der von Versailler ausgewanderten Friedenspolitik war, im Verein mit den schlechten Arbeitsbedingungen, hatten einen erheblichen Prozentsatz von Bergarbeitern in anderen Berufen und Industrie getrieben. Mit der Erhöhung der Löhne, der eine Erhöhung der Kohlenpreise nachfolgen wird, hoffen die Unternehmer den Mangel an Arbeitskräften abheben zu können.

Hollands Kohlenbergbau.

Hollands Bergbauphysikohlenbergbau ist 1921 sehr zurückgegangen: die Förderung betrug 1921: 181 715 t, während in den Jahren 1913, 1914, 1915, 1916, 1917: 42 442 t. Gedacht wurden. Der Preis sank von 1917 bis 1921 von 12 auf 7 fl. Die Stütze in den Gruben erzeugung hat sich bis 1920 häufig und enorm gehoben. Es wurden produziert:

Menge to.	Preis pro Tonnen fl.
1913 187 079	7,71
1914 192 540	7,50
1915 2 262 148	9,29
1916 2 585 982	11,80
1917 3 007 925	14,44
1918 3 209 512	17,94
1919 3 401 646	20,88
1920 3 740 500	26,02
1921 3 821 125	19,92

Die Löhne folgten der Preisentwicklung für Kohle nur langsam. Es verdienten (Gulden):

Geamtbelegschaft	mater Tage	über Tage
1913	2,84	2,92
1914	2,54	2,79
1915	2,71	2,97
1916	3,13	3,16
1917	3,64	4,08
1918	4,89	5,18
1919	5,62	6,24
1920	6,65	7,39
1921	6,45	7,15

In Papiermark berechnet, hätten also die holländischen Bergarbeiter einen sehr hohen Verdienst, aber entscheidend hier wie dort ist der Reallohn, d. h. was man für den Lohn kaufen kann.

Die Lebenshaltung des holländischen Bergarbeiters zeigt während des Krieges eine wesentliche Verschlechterung, seitdem aber eine Angleichung an den Friedenszustand und eine Entwicklung darüber hinaus. Inhaltspunkte dafür sind die folgenden Zahlen des „Glücks“:

Jahr	Großhandelsindex	Arbeitsvolumen eines Arbeiters d. Geschäftsbetrag
1913	100	100
1914	105	98
1915	145	106
1916	222	122
1917	286	143
1918	366	184
1919	297	225
1920	281	271
1921	181	249

Während also 1918 die Preise um mehr als das 3½fache gestiegen waren, hatten die Löhne noch nicht die doppelte Höhe erreicht, erst in den beiden folgenden Jahren zeigt sich eine größere Angleichung und 1921 ein stärkeres Anwachsen der Löhne als der Preise.

Knappfahrtliches.

Generalversammlung beim Allg. Knappfahrtverein.

Die außerordentliche Generalversammlung die am 31. Oktober in Bochum stattfand, hatte über Anträge zur Satzungsänderung zu entscheiden, die im August von den Vertretern der vier Bergarbeiterverbände gestellt wurden und die wir in der Nr. 35 der „Bergarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten. Nach Eröffnung des Verhandlung durch den Vorsitzenden Geheimrat Dr. Weidmann, der die Delegierten begrüßte und die ordnungsmäßige Einberufung feststellte, erhielt zur Begründung der Anträge unser Kamerad Karl Wezel das Wort, der folgende Ausführungen machte:

Auf den Tag, an dem die Generalversammlung stattfindet, schaut die Bergarbeiterchaft voller Erwartung, insbesondere die armen Rentenempfänger, die unter den gegenwärtigen Steuerungsverhältnissen nicht wissen, wie sie ihr Leben von einem Tag zum andern stellen sollen. Aber auch die aktiven Mitglieder des Knappfahrtvereins sind arm dran, wenn sie gedungen sind, frant zu seien. Bei dem geringen Krankengeld feiert heute nur derjenige frant, bei einer höhere Beziehung erledigt oder bei dem die Krankheit sowohl fortgeschritten ist, daß er vollständig zusammenbricht. So geht es nicht weiter. Die Bergarbeiter, die wir in Staub und Hitze unter Gefahren arbeiten müssen, werden bei Arbeitsunfähigkeit zu kriemmittler bedacht, trotzdem man uns als Träger der Wirtschaft anstrengt kann. Um diesem traurigen Zustand zu steuern, sind wir bereit, selbst höhere Beiträge zur Pensionskasse zu zahlen. Wir schämen uns heute des niedrigen Beitrages. Ja, erfüllen deshalb die Herren Werksbesitzer, dazu zu tun, daß die Beiträge so gering möglich erhöht werden und die Bergarbeiter hierfür höhere Beiträge leisten können. Die Hoffnung auf das Reichsnahmfahrtsgesetz haben die meisten von uns aufgegeben. Da eine Notlage der Rentenempfänger besteht, werden die Herren Werksbesitzer nicht bestreiten können, da selbst ihr Organ, die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, unter 13. Juli & Co. einen Artikel, bestellt: „Die Art der Alter“ braucht, worin diese Notlage festgestellt wird. (W. los einige Stellen aus dem Artikel vor, u. a. auch die, wo den Parteien, welche die lokale Gestaltung in Erfüllung genommen haben, vorgeworfen wird, nichts für diese Armen zu tun.) Jetzt, meine Herren — sagte Kamerad Wezel weiter — bietet sich Ihnen die Gelegenheit, zu zeigen, daß Sie nicht nur so denken, wie in Ihrem Organ geschrieben steht, sondern daß Sie auch darnach handeln. Stimmen Sie deshalb ein, um den Anträgen zu folgen?

Der Syndikalist Dohrn, der nach Wegg das Wort erhielt, berief sich auf die Ausführungen des Vorsitzenden und erschien gleichfalls mit einer Antragsvorlage. Er forderte, die Kasse des Knappfahrtvereins auf die innere Betriebsversammlung — nichts Übriges. Wenn auch schon die innere Festigung bestellt wird, so beweist nicht nur der Bericht, sondern auch der Kongress des Gegenteils. Der „Unionapostol“ Hammer (die Bezeichnung stammt aus Unionstreiter) gab zu diesem schriftlichen den mündlichen Beitrag, natürlich nur für das siehe Bochum, weil früher andere in der Reichsleitung tätig waren, die jedoch wegen Unfähigkeit zurückgetreten sind. Kein Mensch, kein Delegierter kümmerte sich um die Dinge des ersten Halbjahrs. Vielleicht, auch in dem gedruckten Bericht ist davon, außer dem Hinweis auf Unfähigkeit, die Rede.

Ein besonderes Kapitel bildet der „Passenbericht“ des Reichskongresses. Doch davon an einer anderen Stelle.

Der Berichtsteller Hammer führt gegen die Kommunisten schweres Gericht aus. Dieser Fehler liegt ihm oft die verhängten „Betriebskontrollen“ ganz vergeben. Auch ihm sprach Scheder als Verteidiger vor der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale. Auch dieser kam aus leeren Händen nicht heraus. Als Schriftsteller gegen die „Gremien“ einzuführen versuchte, reagierte er sich alsdann auf Schmidleitner gegen den kommunistischen Unionen. Er war viel zielstark als Hammer. Vartes rief ihm zu: „Sie sind doch ein notwendiges Übel!“ Allerdings, sagte Scheder, „daß ein Übel, das notwendig ist!“ Kurz später gab seine Rede folgende:

Die Gremien sind Schwinder... Ihre Geschwindigkeit... Sie sind durchsichtiger Schwinder... Ihr großer Scheder, bin voll großer Liebe zur Revolution und Ehrlichkeit zur Arbeiterbewegung!

Der Streit diente also um die Selbständigkeit der Union oder Bevormundung durch die kommunistische Partei. In den sogenannten acht Punkten verlangte die KPD von der Union „Einhaltung der Beiträge auf die Höhe gleicher Verbände“, „Zentralisierung der Finanzen und der Leistungen“, „Streikunterstützung“, eine „Einheitsorganisation im Rahmen der Industrieverbände“, „Vorliegende Einstellung auf die Gruppe Bergbau“ u. dergl. m. Die Kommunisten wollen also die Verbreitung der Union auf die anderen Berufe absolu nicht zulassen. In der Gruppe Bergbau? Nur ja, hier kann die Union schon als ein „notwendiges Übel“ wohl eben die „Gremien“ die ideale Stelle sind, befreien bleiben. Die Folge war, daß der Kongress ein dreibeiniges Unium ohne Kumpf, Kopf und Schwanz. Die Union verzückt sich jetzt auf die drei Gruppen Bergbau, Metall und Textil. Die Kondarbeiter sowie die Bergarbeiter bei den Behörden hat man also fallen lassen. Keine Gruppe leitet sich selbst, sieht aber unter der Oberleitung der Reichszentrale, die ihren Sitz in Essen hat. Die Beiträge werden, wie wir schon mitteilten, auf 50 Prozent eines Stundenlohn festgesetzt.

Die Diskussion verlief so barthaarig. „Ich bin der Herrscher!“ sagte einmal Hammer. Ein Kamerad nahm ihm dies übel und sagte, daß solche Prüfung nicht in die Union hineingehört. „Reden Sie doch nicht so, es sind Delegierte anderer Organisationen anwesend“, wurde ihm zugesagt. Ein „Bonze“ wendet sich gegen solche Kassehausgespräche. Die Delegierten machen deshalb großen Krach, weil sie der Meinung sind, daß sie doch auch Redefreiheit haben. „Quasiabfuhr“ soll gesagt werden. „Alles ist Quasi!“ riefen abwehr. Auch ein Kuse, Urban, ließ sich hören: „Revolutionär braucht nicht zu sagen Wahrheit, man kann sagen Wahrheit“, sagte er und zog gegen Vartes und Feinsgleichen los, weil diese keine Revolutionäre, sondern nur reformistische Syndikalisten seien. Vartes fiel auf dem Kongress überhaupt unten durch und es schien, daß seine Lage in der Union gekröpft sind. — Wo die Kommunisten sitzen, werden die mittleren Löhner verschoben, behaupten die Unionisten, während die Kommunisten dasselbe den Unionisten nahelegen. Im Schluswort gab Hammer bekannt, daß keine Gelber da seien, um die Gehälter der Angestellten zu erhöhen.

Bei der Beratung des Status gab es folche Krawalle, daß die Verhandlungen wieder eingestellt werden mußten. Kein Mensch wußte, worum man war, Kostenan, Beleidigungen flogen hin und her. Am Schluss wurde dann festgestellt, daß der Kongress von großer Sachlichkeit und tiefer Ernst getragen war.

Die Mutter der Union ist sehr weit vorgeschritten. In einem Rundschreiben teilte die Zentrale mit, daß wegen hoher Kosten die Zeitung nicht erscheinen könne. Im laufenden Monat erscheint die „Union“ nur noch vierzehntäglich und nur zweitseitig. Man vertröstet die Mitglieder damit, daß die Ausgabe wieder verstärkt wird, sobald die erhöhten Beiträge eingelaufen. Wir werden die Mitgliederbewegung und die Kassenverhältnisse der Union in der nächsten Nummer einer genaueren Würdigung unterziehen.

ganisationsvertreter erfordert. Wenn nun mehr die Kassenvertreter gegen die Vorschläge der Werksvertreter stim

Bismarck 26 eine Belegschaftsversammlung wünscht, um sich einmal kräftig austoben zu können, dieses aber der gewerkschaftlich organisierte Betriebsobmann nicht mitmacht, so sind das nach der Auffassung der unionistisch-kommunistischen Konföderation "neue Methoden". Wenn die Zeit nicht zu ernst wäre, würde man darüber lachen, denn der Artikel ist zum größten Teil sehr geeignet für ein Witschblatt; als solches kann man die "Art. 26" auch nur ansiehen. Da aber ein Teil Unwahrheiten in dem Artikel enthalten sind, diene folgendes zur Richtigstellung:

Es ist zunächst richtig, daß das unionistische Betriebsausschussmitglied Sperling am 11. Oktober eine Belegschaftsversammlung rüttelte mit der Begründung, Stellung zu nehmen zum Reichsbetriebsrätestreik. Das wurde mir Einverständnis der der Arbeitsgemeinschaft gehörenden Betriebsausschussmitglieder abgesprochen. Als gewerkschaftlich organisierter Arbeiter kann man ein solches Theater nicht mitmachen. Am 18. Oktober versuchten, wie festgestellt ist, ein paar unionistische Maulhelden bei den ausfahrenden Morgenstöcken Propaganda zu machen für eine Belegschaftsversammlung. Als Vorsitzender diente die Abordnung des Reichshofes auf 10 M., um so das Betriebsratszimmer beeindrucken zu können. (Unionistische Methoden!) Der Erfolg war, daß ungefähr 30 bis 40 Personen, teils Neugierige, sieben blieben. Das nennt der Artikelbeschreiber "fast die gesamte Morgenstöcke". Letztere beträgt ungefähr 1500 Mann. Der Betriebsobmann war an dem Tage produktiv tätig, ist mit dem vierten Korb ausgefahren, hat sich bis 2½ Uhr aus der Schachtanlage aufgehalten und nichts Missliches bemerkt. Am 14. Oktober legte das unionistische Betriebsausschussmitglied eine Bekanntmachung, eine Belegschaftsversammlung in der Morgenstöcke abzuhalten, der Verleihung vor. Da nach § 4 b des B.R.G. nur der Vorsitzende des Betriebsrates das Recht hat, Verleihungen einzubereiten, wurde die Nachfrage, ob die Einberufung der Versammlung unter Befürchtung des Betriebsobmannes erfolgt sei, natürlich verworfen. Die Morgenstöcke wurde deshalb nicht freigegeben. Es ist nicht richtig, daß der Betriebsobmann aus der Grude herausgeholt worden ist. Während des Schichtwechsels hing dann eine Bekanntmachung im Glas-Kasten, daß die Belegschaftsversammlung auf dem Marktloch in Gleis-Nähe stattfinden. Die Bekanntmachung hat bis abends gedauert und somit ihren Zweck nicht verfehlt.

Wenn es auftrübe, daß fast die ganze Morgenstöcke den Wunsch nach einer Belegschaftsversammlung geäußert hätte, dann wäre der Marktloch zu klein gewesen. Um das lästige Floskeln, das man erlebt hat, nicht noch außen zu zeigen, ging man in das Lokal Achenbach, wo sich ungefähr 80 bis 100 Personen zusammenfanden. Ein Beweis, daß die Belegschaft anders denkt als die Unionisten. Es ist noch sehr gut in Erinnerung, daß, als wir im vorigen Jahre den unionistischen Betriebsobmann Sperling hatten, er Belegschaftsversammlungen einberief, um nur mal eine Versammlung zu haben. Er mußte mitunter nach Tagessordnungspunkten suchen. Die letzte, am 31. August stattgefundenen Belegschaftsversammlung, die durch unionistisch-kommunistische Methoden einberufen wurde, hat bewiesen, auf welchem Niveau sich unsere Unionisten bewegen. Statt sachgemäße Anträge für den Betriebsausschuss zu geben, fallen Verleihungen und Besitzungen. Wenn man mit Städten in der Lust herumsucht und eine drohende Haltung einnimmt gegen jeden Andersdenken, dann bleibt der gesammelte und sachlich denkende Teil der Belegschaft den Versammlungen fern. So sind die Belegschaftsversammlungen nur ein Zummelplatz unionistisch-kommunistischer Leidenschaften geworden. Einige Tage hinterher ist man gezwungen, die gemachten Verleihungen tremtlich zurückzunehmen.

Wenn durch das Vorgehen des Betriebsobmannes ein paar Großmäuler nicht auf ihre Rechnung gekommen sind, so kann man das verstehen. Besonders groß im Herunterziehen des Betriebsobmannes ist das unionistische Betriebsausschussmitglied Sperling (stüber Betriebsobmann). Vor ungefähr zwei Jahren wollte Sp. die Welt aus den Angeln heben. Im vergangenen Jahre (als Betriebsobmann) wurde aus dem Gaulus ein Paulus. Bei Sitzen mit der Verwaltung, Bergbehörde usw. konnte man Sp. gar nicht wieder. Heute, nachdem er der größeren Verantwortung entbunden ist, hat er sein revolutionäres Herz wiedergefunden. An den Tagen, als das Ueberhochabkommen in Kraft trat, spielte Sp. eine hervorragende Rolle. Nach einigen Tagen schröt man zur Abstimmung. Sp. verstand es, seine Freunde vom Verfahren der Ueberhöhe abzuhalten, sich selbst ließ er am Tage der Abstimmung eine Siebenstellige mehr anschreiben! Aus seiner Tätigkeit sei folgendes erwähnt: Wenn ein Betriebsausschussmitglied der Arbeitsgemeinschaft durch besondere Anzahl eine Ueberhöhe erhält, so wird die Ueberhöhe durch Sp. sofort in Kenntnis gesetzt. So sieht der Geistesheil aus, der, nebenbei bemerkt, Stadtverordneter der K.P.D. ist und gelegentlich einmal meinte, wenn er den Magen voll hätte, wäre er kein Kommunist. Eine Arbeiterschaft, die solchen konfusen Reden zu Jubeln, wird tödlicher dorfbahn kommen, wo sie hingehört. Zum Träger einer höheren Kultur ist sie nicht geeignet, noch weniger sind das ihre Götzendächer.

Jul. Kante, Betriebsobmann der Zeche Graf Bismarck 26.

Die zuständige Vorsteuerarbeit innerhalb der Gewerkschaften.

Bisher hat man geglaubt, daß es den Kommunisten an der Erhaltung der Gewerkschaften — vornehmlich in Deutschland — gelegen sei. Man habe geglaubt, der unionistische Zersetzungsteil könnte durch den vorhandenen Vermögensgegenstand jener, die da noch vorhanden sind, bestreitigt werden. Aber gesehen? Man geht dazu über, kommunistische Vorsteuermitglieder, welche im Bergarbeiterverband organisiert sind, zu bewegen, wider ihre Überzeugung zu handeln, um so die Gewerkschaftsdisziplin zu brechen. Betriebsratsmitglieder, die infolge ihres Amtes mit den Gewerkschaften verbunden sind, für eigene Zwecke zu missbrauchen. So im folgenden Falle:

Auf Seite Ver. Karlsruhe englisch bei Bochum ist die Belegschaft circa 2500 Mann stark. Als das Ueberhochabkommen vom 1. September vereinbart wurde, sollte ich als Betriebsratsvorsitzender eine Arbeiterverschaffung einberufen, um Siedlungnahme zum Ueberhöhen abzurufen. Wie in der Arbeitsgemeinschaft waren uns einig, daß es für uns keine Abstimmung bedarf, ob Ueberhöhen gemacht werden sollten, weil die Betriebskonferenz es bereits bestimmte, sondern in welcher Form die Ueberhöhen gemacht werden sollten. Aber auch die anderen Betriebsratsmitglieder, vier Syndikalisten und zwei Unionisten, haben die Ansicht vertreten, daß es einer Frage mehr bedarf, weil auf unserer Schachtanlage bereits Ueberhöhen verabreicht worden sind. Man war sich schließlich einig, zu diesem Zweck eine Belegschaftsversammlung einzuberufen, was auch am nächsten Tag auf dem Sitzungsort für beide Schächte gefeiert ist. Einleitend schrieb ich in kurzen Worten das Abkommen und unterstellte es einer Aussprache. Ein Kamerad namens Steinbach (Organisationszugehörigkeit?) war ein schärfster Gegner dieses Abkommens und bezeichnete es als einen Vertrag. Dieser gute Mann hat aber vergeblich, daß er im gleichen Monat schon vier Ueberhöhen gemacht hatte. Er wurde so bloßgestellt und niedergeschlagen. Selbst Syndikalisten und Unionisten haben die Form von einer Stunde Nachberatung befürwortet und die Belegschaft stimmte einstimmig zu. Nur hat man mich aus der Konzernleitungskartei ausgeschlossen, weil ich für das Ueberhöhen abgestimmt habe. Dann sollte ich zugelegt haben: Ich wollte nicht daran, daß unsere Kollekte das beste Zahlungsmittel ist, wonit wir unsere Wirtschaft lindern können. Ja, das habe ich getan, weil ich davon überzeugt bin. Ich wollte aber damit nicht gesagt haben, daß man mit einer Arbeitszeitverkürzung die Produktion steuern kann.

Wenn nun heute noch die Auffassung der K.P.D. ist, daß die Gewerkschaften das Ziel der sozialen Revolution sein sollen, so können sie es doch nur infolge innerer Demokratie sein. In jeder Körperschaft, auch in der Kommunistischen Partei, soll doch der Wehrheitsbeschuß ausschlaggebend sein. jedenfalls sind die freien Gewerkschaften, insbesondere der Bergarbeiterverband, durch die demokratischen inneren Verbündeten im Kampfe groß geworden. Wer etwas nachzudenken bringt, der muß zugeben, daß wir heute freier dastehen als je. Man sollte doch endlich zu der Einsicht kommen, daß der Spaltwitz uns keinen Schritt vorwärts bringt. Hierzu wäre noch mehr zu sagen, aber solche Sachen kommen einem zum Haß heraus.

Zum Abschluß selbst bin ich der K.P. nicht böse, denn ich liebe meine Freunde. Aber eins kann mich ärgern, und das muß die noch in der K.P. befindlichen Kameraden zum Nachdenken bringen, daß man mich, ohne ein Verfahren einzuleiten, aus der Partei ausgeschlossen hat. So steht noch nicht mal ein reaktionäres Gericht.

Baltimore, Zahlstelle Bochum 7.

Gesetz-Organisationen.

Wie oft hört man heute Kameraden, wenn man ihnen die Notwendigkeit der Organisation vor Augen führt, sagen: "Ja, wenn wir einen Verband hätten, würde ich mich auch organisieren lassen." Wenn man in es eine Ausrede, bei den anderen eine Radrebe. Im großen und ganzen wollen sie sich nur an der Beitragszahlung vorbeibringen. So kann man nach Klügern, wenn man will, wie einige Kameraden sich nach der Höhe des Betriebsbeitrags in den einzelnen Verbänden erkundigen. Haben sie nur festgestellt, daß der Beitrag bei den

Unionisten und Syndikalisten sehr gering ist, so lassen sie sich eben der Mode wegen in die "revolutionäre" Organisation aufnehmen. Aber dann geht die Heile los. Wir Altheränder haben nicht umsonst die Unorganisierten als Schwarzer an den von uns erklungenen Rechten gebrandmarkt. Jetzt ist es ein leichtes, mit an dem Verleumdungsfeldzug teilzunehmen. Man sieht aus welchen Motiven der Klassenkampfgeist entstehen ist, es ist ein Rachegeiste dafür, daß man sie, die ehemals Unorganisierten, bloßstellt. Die wenigen Kameraden, die aus Verärgerung aus dem Bergarbeiterverband austreten, weil ihnen das Rad der Geschichte nicht schnell genug läuft, dienen den fraglichen Organisationen, der Massen Sand in die Augen zu streuen. Daraus, Kameraden, ist es zweitens gefährlich, aus dem Bergarbeiterverband auszutreten und in die Union oder zu den Syndikalisten zu gehen. Wer weiß, was hinter diesen Organisationen steht?

Die alten Kameraden, denkt noch mal etwas zurück: Ihr habt Jahrzehntlang für ein freies Wahlrecht gekämpft. Heute, nachdem es erreicht ist, eiltet es die Syndikalisten als einen Verrat, wenn ihr durch Gebrauch eurer Rechte Einflug auf die Gesetzgebung erlangen wollt. Es bleibt übrigens ein Rätsel, wie die Unionisten und Syndikalisten "revolutionär" wirken wollen mit den vielen unausgeklärten Mitgliedern. Hierdurch könnte sich vor einigen Wochen jeder überzeugen, als in einer Bergarbeiterversammlung in Hönigstein ein unionistischer Kommunist, mit dem Stern von Westfalen geschmückt, in den Saal rief: "Heraus aus den freien Gewerkschaften!" Als er von Kameraden des Bergarbeiterverbandes aufgefordert wurde, seine Aussführungen zu begründen, bot er der Versammlung eine lästige Szene. Dieser kommunistisch-unionistische Jungling wußte nämlich gar nicht, welcher Bergarbeiterverband den freien Gewerkschaften angegeschlossen ist. Ihr neuer Verlegerheit stotterte er zusammenhangloses Zeug und verschwand schließen unter dem Gelächter der Versammlung. Einer war erstaunt, die anderen hielten sich an dem Tage.

Seit 1919 wird von Bergarbeitern behauptet, daß es mit den Errungenschaften vergangen ist. Wie es mag auf den Schachtanlagen im persönlichen Umgang mit den Beamten auftreten, die heute immer mehr den Herrn-im-Hause-Standpunkt hervorstellen. Aber das ist insofern der Feindseligkeitsarbeit der Unionisten und Syndikalisten gar nicht anders denkbar. Sie sünden das Misstrauen zwischen Arbeitervertreter und Arbeiter, während doch das Misstrauen die erste Voraussetzung für jede erfolgreiche Arbeit ist.

Durch die vielen Organisationen, die besonders in den Bergarbeiterbelegschaften ihren Eingang gefunden, wird die Sozial- und Schlafgrube in den Organisationen verhindert. Und wenn es schon auftritt, daß die Arbeiter im Laufe der Zeit keine weiteren Fortschritte gemacht haben, so liegt es an den Arbeitern selbst, weil sie sich von Befreiern fürphantastische Ideen begeistern und, was das Gefährlichste ist, von unverantwortlichen Menschen zum Kampfe gegen eine abgewehrte Organisation auffordern lassen. Die Bergarbeiter müssen, insbesondere heute, viel mehr die Qualität der Organisationen prüfen und nicht nach dem billigen Beitrag sehen. Wie so werden wir zu einem Betriebsverband kommen. Jede Hausfrau, die heute einkaufen geht, lädt sehr gern die Finger von der billigen Ware. Ein Papieranzug kostet vielleicht Blauerkohle wie ein aus gutem Stoff gearbeiteter, kommt gelagert sein, doch die "Bogen" der Union genau so gut leben wollen, wie die vom alten Verband. Die Unionismusglieder bezahlen ihre Bonzen und haben nichts mehr von ihnen wie der Käufer eines Papieranzuges, der dem Schnellert am Leben hält, aber immer noch keinen Anzug hat, womit er den Komfort mit den Naturelementen aufnehmen kann.

Für jeden Bergmann muß heute die Parole heißen: Weg mit euch Syndikalisten und unionistischen Phrasenreden! Sie sind die Totengräber der erworbenen Arbeiterricht, die Wegbereiter der Reaktion. Hinein in den Bergarbeiterverband! Emil Lehmbrock, Hönigstein.

Einen Büren ausbinden

will ein Syndikalist allen Dummköpfen seiner Art. In Nr. 43 des "Syndikat" schreibt er:

"Die Bergarbeiter-Zeitung", das Blatt der hungernden Mähdörre, bringt in Nr. 24 einen Artikel des Bechendorfverbandes unter der Überschrift: "Zur Lohnfrage im Bergbau". Darin wird ausgerechnet, daß die Lohnförderung im September 20 Prozent höher ist, als die staatliche Statistik die Leuerung angegeben hat. Das ist die freteste Behauptung, die man den Arbeitern darzubieten wagt."

Eine Bergarbeiter-Zeitung" Nr. 24 gibt es natürlich nicht, auch hat ein solcher Blödmann, wie der oben erwähnte, nie in unserem Blatte gestanden. Diese Laiusche fördert den Einheitshelden absolut nicht, nachstehende Schlußfolgerung zu ziehen:

Die Bergarbeiterfamilie muß endlich einsehen, daß sie so, wie bisher, unter den schwülen Flüchten des alten Bergarbeiterverbands" nicht weiter vorwärts, sondern immer tiefer in den Sumpf hineingeraten. Mit Bergarbeiter müssen die verfaulte Gesellschaft verzerrt und hinunter in den Ursprung stürzen, wodurch sie schon lange gehört. Wie müssen daran gehen, um eine Gesellschaft zu errichten, in der Brot und Freiheit für alle vorhanden sind."

Der Häßler nennt sich Zeche n. Hamm-Böhmisch-Lüttich. Ich bin mit ihm der gleichen Meinung, daß die verfaulte Gesellschaft in den Ursprung geführt werden muß. Dummköpfe oder Lügner vom Schlag eines Czerny gehören natürlich mit dazu.

H. Salzmann.

30 Millionen Liter Schnaps.

Die Reichsmonopolverwaltung hat im September 246 914 Getreides Belegschaft umgesetzt. Daraus wurden 106 703 M. Belegschaft zum regelmäßigen Verkaufspreis, also für Einzelhandelsabnehmer, abgezogen. Bei 52,4 Gewichtsprozenten Alkohol entspricht das einer Menge von mehr als 200 000 M. oder mehr als 30 Millionen Liter Brinschnaps, die in einem Monat abgezogen wurden. Ein Teil davon wird natürlich in seinen Schnapsabfällen umgesetzt werden, nachdem aus deutschem Kartoffelspieltus feiner Cognac oder Benediktiner fabriziert wurde. Aber es ist selbstverständlich, daß der größte Teil dieser Menge von armen Leuten getrunken wurde, die sich jüngst überlegen sollten, ob sie von dem Geld, das sie dafür ausgegeben haben, nicht einen besseren Gebrauch machen können.

Überbergamtbezirk Bonn.

Haushaltspolitik eines Lohnbergmannes.

Auf den von der Kölnischen Zeitung veröffneten Brief des Bechendorfverbandes vom 12. Oktober an das Reichsarbeitsministerium, worin u. a. gezeigt wird, daß die durch Schiedsspruch bewilligte Lohnzulage unnötig sei, möchte ich nicht verfälschen, denn Bechendorf eine Aufstellung des monatlichen Verbrauchs einer fünfköpfigen Familie vor Augen zu führen. Darin wird allerdings nur die äußerst notwendigen Lebensmittel, die ein Proletarier unbedingt haben müßte, um arbeitsfähig bleiben zu können, bezeichnet. Mögten die Familien der Herren vom Bechendorf mal mit dem uns zugewiesenen Lohn vorliebstehen und dabei je schwer arbeiten, dann sollte ich ihr Wehrgefühl nicht hören. Sie würden die Weltmacht auf den Kopf stellen. Da bleibt für uns die Rücklage, was machen, wie bei längerer Krankheitsdauer? Nach der Meinung der Gelehrten können wir bei immer weniger Kraft noch mehr Arbeit leisten. Ein beschleiner Haushaltplan einer fünfköpfigen Familie für einen Monat (Oktober) wurde im Lohngebiet wie folgt aussehen:

140 Pfund Kartoffeln je 4 M.	560 M.
90 Butter je 28 M.	2520
10 Margarine je 120 M.	1200
2 Butter je 600 M.	1200
5 Sied je 600 M.	3000
3 Butter je 90 M.	720
8 Fleisch je 250 M.	2000
10 Fisch je 100 M.	1000
5 Käse-Croiss je 100 M.	500
10 verschiedene Bäckmittel, Eiweiß usw.	1000
Bröseliges Gemüse	400
Gewürze, Seife, Wasch-, Fuß- und Körperzettel usw.	1000
Beleuchtung und Heizung	1200
Wohnungsmaße (drei Zimmer)	100
Eisenbahntickets	300
Schuhreparaturen, Bäder, Strümpfe, Kleiderberieselung, Rücklage für Rentbezeichnung	4000
Rauchwaren, Rosinen, Haarschneiden	500
Verbandsbeiträge, Kranken-, Zwangs-, Heuer- und Lebensversicherung	800
Milch für zwei Kinder	1000

Insummen 23 480 M.

Die Zusammenstellung zeigt, daß eine Summe von 23 480 M. nötig ist, um diese Bediensteten zu erhalten. Der Durchschnittszulage betrug über im Lohngebiet im Oktober nur 625 M. pro Sohn ausließlich eines Haushalteingeses für Verheiratete von 5 M. Be-

rechnet man den Lohn von 25 Schichten, so ergibt sich die Summe von 16 176 M.; es ist demnach ein Gehaltstag von 780 M. zu vergleichen. Nun kommt aber noch ein Steuerabzug von 10 Prozent hinzu. Nun fragt ich die Herren vom Bechendorfverband, wie sie die Streichung von 16 176 M. vornehmen wollen? Und da wage man eine Lohnzulage von 24,7 Prozent als unnötig hinzustellen und erst eine Leistungszulage von den Bergarbeitern zu verlangen? Also mehr Arbeit und weniger Essen! Kameraden, wacht auf, denn das wäre euer Los, wenn ihr euch wieder unterdrücken lasst. Bringt die Baumstelzen zur Organisation, denn nur einig und geschlossen werden wir bessere Lebensbedingungen erlangen.

P. Münnic.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Nachruf.

Am 21. Oktober, früh 5 Uhr, verunglückte auf dem Wege zur Arbeitsstätte unser langjähriges Mitglied und Funktionär Oskar Blaikenburg. Er stand seit an der Spitze, wenn es galt, für die Interessen des Verbandes und der Arbeiterschaft zu kämpfen. Eine Witwe und fünf uneheliche Kinder trauern um ihren Grunder. Die Zahlreiche Mitglieder verlieren in ihm einen treuen Kameraden. Ehre seinem Andenken!

Bahnhofszelle Memleben a. d. Unstrut.

Bahnhofszelle